Kombinierte Taktik - eine Lösung ? (Urfassung)

A Die Grünen stehen vor einer schweren Entscheidung. Sie werden für die anstehenden Bundestagswahlen eine verbindliche Aussage zu der Form formulieren müssen, wie sie sich eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien vorstellen. Nach Lage der Dinge geht es um das Verhältnis der Grünen zur SPD. Wie würden Sie die gegenwärtige Diskussion beurteilen?

B Die Entscheidung ist deshalb so schwer, weil die verschiedenen Optionen jeweils grundsätzlich Profil, Zukunft und - möglicherweise - Existenz der Grünen berühren. Die Grünen sind noch - unabhängig von den Strömungen - politisch eine systemkritische Partei, deren Dynamik durch einen hohen Grad an Mitgliedermotivation bedingt ist. Der Verlust an Motivation könnte nur begrenzt durch Organisation, Arbeitsteilung oder Einsatz finanzieller Ressourcen kompensiert werden. Deshalb reagieren die Grünen so empfindlich auf eine Herausforderung ihrer Identität. Da bin ich keine Ausnahme. Ich glaube nicht, daß sich neutral, gleichsam parteiübergreifend zur Bündnisfrage Stellung nehmen läßt. Z. B. würde ich eine Koalition zum jetzigen Zeitpunkt für fatal halten.

A Sie sind also gegen eine Koalition? Das verstehe ich nicht. Eine Koalition ist doch das beste Mittel für eine kleine Partei, ihre Einflußchancen zu vergrößern. Minister, die Möglichkeit zur Repräsentanz und die Chance, in Koalitionsverhandlungen handfeste Ergebnisse durchzusetzen, kann man doch nicht von vornherein ausschlagen! Wie können Sie eine solche Position verantworten, die reale Erfolge zugunsten eines irrealen Utopismus opfert? Wie wollen Sie unter diesen Bedingungen gewählt werden?

B Die Frage, ob ich gegen eine Koalition sei, ist so, wie Sie sie formuliert haben, zu einfach gestellt. Versuchen wir uns doch erst einmal klar zu machen, worum es sich bei einer Koalition handelt. Die Koalition, von der wir sprechen, ist erstens ein politisches Manöver von Parteien innerhalb einer bürgerlich- parlamentarischen Demokratie, zweitens eine Vereinbarung zwischen Parteien mit dem Ziel, die Basis für eine längerfristige Zusammenarbeit zu schaffen. Wann ist eine solche Koalition möglich und sinnvoll? Doch nur dann, wenn über bloß aktuelle, konjunkturabhängige Koalitionsvereinbarungen hinaus in den Grundanschauungen - Grundwerten - ein gemeinsamer, tragfähiger Nenner gefunden worden ist, der es erlaubt, die Vereinbarung im gemeinsamen Interesse zu interpretieren, in Konfliktsituationen gegen Gegner zu tragen und durchzusetzen. Insofern geht eine Koalition über ein taktisches und situationsbedingtes Zweckbündnis hinaus. Sie stellt also für die Beteiligten eine sehr weitgehende Verpflichtung dar, die eingegangen wird, weil ein wechselseitiger politischer Gewinn abfällt. Eine solche echte Koalition möchte ich von unechten Koalitionen unterscheiden. Unechte Koalitionen entstehen als Negativbündnisse aus einer Zwangslage heraus. Da das wesentliche Ziel einer unechten Koalition die Überwindung des Gegners ist, würde sich bei Erreichen des Ziels das Bündnis auflösen - es sei denn, es gelänge einer der beteiligten Parteien, die andere soweit zu kontrollieren, daß dieser ein Ausscheren unmöglich würde. Damit wäre aber der kontrollierte Koalitionspartner praktisch zu einem Anhängsel der stärkeren Partei geworden. Ich möchte jetzt Ihre Frage beantworten. Allgemein gesehen, spricht nichts gegen eine Koalition, selbst wenn Ziele verfolgt werden, die über die gegebene Form parlamentarischer Demokratie hinausgehen (z.B. in Richtung direkter Demokratie,

...

Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Rolle des Staates: demokratische Planung). Solange parteiförmig organisierte unterschiedliche strategische Optionen existieren, ist nicht einzusehen, warum eine Koalition zwecks Steigerung der Macht für eine bestimmte gesellschaftspolitische Entwicklungsvariante nicht sinnvoll sein soll. Hier scheint mir auch der Grundirrtum einer Gruppe von Fundamentalisten zu liegen, die eine bestimmte Koalition bekämpfen will, indem sie prinzipiell gegen Koalition argumentiert. Koalitionen gehören zur Logik des politischen Handelns unter den Bedingungen von Parteivergesellschaftung. Man kann diese Logik legitim aus der Perspektive der Herrschaftsfreiheit und einer klassenlosen Gesellschaft ablehnen. Eine solche Position hätte in jedem Fall meine Sympathien. Man kann sie aber nicht abstrakt negieren, sondern muß sie "aufheben". Die Notwendigkeit der bestimmten Negation, d. h. der konkreten, zweckbestimmten Veränderung beinhaltet aber die Möglichkeit einer Koalition unter der Voraussetzung, daß die Bewegung des Bündnisses in bezug auf den Zweck kontrollierbar bleibt. Die betreffenden Fundamentalisten verfangen sich hier in dem von mir sogenannten moralistischen Zirkel, der "unreine" Mittel ablehnt, weil sie unmittelbar nicht dem Zweck angemessen sind, dabei aber gerade durch Verzicht auf diese Mittel andere, von ihnen nicht gewünschte Mittel stützt. Eine produktive Überwindung der Logik des politischen Handelns dürfte den Staat als Inbegriff des Politischen nicht abstrakt mit einer ganz anderen Logik konfrontieren (der "Bewegung", der "Gesellschaft"). Sie müßte an die dem politischen Handeln immanenten Widersprüche anknüpfen, um diese im Sinne der eigenen Zielstellung über sich hinaus zu treiben. Also nicht Bewegung gegen "Staat", sondern Demokratisierung des Staates mit dem Ziel, die Durchsetzungschance für bestimmte Bewegungen zu verbessern - einschließlich einer durchdachten Infragestellung des Mehrheitsprinzips. Ich habe gegen eine Koalition unter bestimmten Bedingungen nichts einzuwenden. Eine Koalition ist für mich ein legitimes politisches Manöver, wenn gewährleistet ist:

- Konsens in strategischen Grundfragen
- Kontrollierbarkeit der Mittel, also der "Form"
- Interventions- und Manöverierfähigkeit der Koalitionspartner
- Konsens in wesentlichen operationalisierbaren Programmzielen

A Argumentieren Sie jetzt nicht wie ein Realpolitiker? Ihre Kritik der Fundamentalisten würde doch jeder Realo unterschreiben.

B In gewisser Weise haben Sie recht, obwohl ich mich gegenwärtig mit Händen und Füßen gegen eine derartige Etikettierung sträuben würde. Wenn Realpolitik meint, daß Politik die Sachlogik politischer Strukturen zu berücksichtigen hat, ist der Begriff Realpolitik allerdings auch wieder trivial. Indem eine pragmatistische Strömung innerhalb der Grünen so bezeichnet wird, werden Realität und ihre Apologie gleichgesetzt. Apologie schließt aber eine Stellungnahme zur Realität ein, die als Stellungnahme auch anders sein könnte und damit nicht selbstverständlich ist, sondern eine verantwortliche Entscheidung. Niemand kann sich durch bloßen Hinweis auf die Realität - auch die von Strukturen - von der Verantwortung für sein Handeln entbinden. Die Existenz eines faschistischen Systems beinhaltet noch nicht die Notwendigkeit, dieses System auch anzuerkennen und zu stützen. Das Stützen ist

...

nicht Folge der bloßen Realität, sondern einer handlungsleitenden Wertung, die als politische womöglich begründet erfolgen sollte, um sie im Rahmen des Gemeinwesens durchsichtig und kritisierbar zu machen. Die Dinge und Gesellschaftssysteme sind nicht schon deshalb gut, weil sie da sind. Das wäre ein schlechter "Real"-Arzt, der eine Krankheit nicht heilen wollte, sondern seine Aufgabe darin sehen würde, die Krankheit als Krankheit zu bestätigen. Also: der Streit innerhalb der Grünen wird nicht um die Frage "Realität oder nicht" geführt, sondern - um im Bild zu bleiben - um die Diagnose und Therapie.

A Worin würde sich Ihre Position von der "Realpolitischen" unterscheiden? Sie haben auf die Mehrdeutigkeit des Ausdrucks "Realität" verwiesen. Ich verstehe, daß Politik Realität nicht einfach naiv als gegeben vorraussetzen kann, aber auch die Realos wollen doch Veränderung. Wo würden Sie denn Ihre spezielle Kritik an den Realos ansetzen?

B Die realpolitische Position scheint mir immer stärker darauf hinauszulaufen, die Rahmenbedingungen aktuellen politischen Handelns - die gegebenen staatlichen Strukturen - kritiklos zu akzeptieren. Der Realo bestimmt seine Politik zunehmend weniger problemorientiert, sondern methodenorientiert. Er akzeptiert damit einProblemlösungsmuster, das von den Grünen aus guten Gründen bisher immer abgelehnt worden ist - unabhängig davon, wie weit man sich gezwungenermaßen auf Kompromisse auch im institutionellen Bereich hat einlassen müssen. Er läßt sich die Methoden der Problemlösung durch den machtgesicherten institutionellen Rahmen vorgeben, ohne die Frage nach der Angemessenheit der Methode an die Sache in den Vordergrund nicht nur seines politischen Denkens, sondern auch seines Handelns zu stellen. Die gesellschaftliche Ausgangsdiagnose, die die Existenz der Grünen motiviert hat, zielte aber nicht ab auf ein bloßes Vollzugsdefizit, sondern auf ein strukturell bedingtes Problemlösungsdefizit des gesellschaftlichen Systems, in dem wir leben. Diese Systemperspektive einte die Strömungen, Gruppen und Einzelpersonen, die die Grünen in Reaktion auf das Versagen der sog. "Altparteien" aus der Taufe gehoben haben. Gestritten wurde über die konkreten Systembegriffe und die daraus folgenden strategischen und taktischen Konsequenzen. Gemeinsam war den Grünen die Ablehnung eines kurzsichtigen, handwerklerischen Pragmatismus, dessen Scheitern von der SPD - die ja das Ökologie- und Umweltschutzthema in den frühen 70er Jahren als erste Partei aufgegriffen und verwurstet hatte: Stichwort "Lebensqualität" - vorexerziert worden war. Gerade dieser Pragmatismus ist es aber, den die Realpolitiker als Rezept gegen die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Grünen Partei den Grünen aufdrängen wollen.

A Bis jetzt scheint mir Ihre Kritik noch recht abstrakt zu sein. Lehnen Sie denn pragmatische Eingriffe ab?

B Bis zu einem gewissen Grad haben Sie mit dem Vorwurf der Abstraktion sicher recht. Andererseits läßt sich ein gewißer Abstraktionsgrad dann nicht umgehen, wenn man versucht, gesamtgesellschaftliche Ursachen für konkrete Übel zu bestimmen. Kollektive Prozesse haben nun einmal die unter Umständen fatale Eigenschaft, über das unmittelbare Anschauungsvermögen des Einzelnen hinauszugehen. Wirtschaftliche Krisen zum Beispiel sind in diesem Sinne abstrakt und wirken sich konkret aus. Damit ist auch schon die Antwort auf Ihre Frage angedeutet.Es geht eben gerade nicht darum, ob man

...

pragmatische Eingriffe will oder nicht - wie von den Realos und ihren Freunden gern polemisch unterstellt wird -, sondern um die Effizienz, d. h. Sinn, Kosten und Wirkung von Eingriffen. Mißstände haben ihre Ursachen, deren Erkenntnis Voraussetzung für eine sachgemäße Beseitigung ist. Eine solche Ursache kann auch in der Struktur von Institutionen liegen. Nehmen wir unser - hochabstraktes - politisches System als Einheit von Parlament, Verwaltung, Parteien und Rechtsprechung. Es gibt gute Gründe für die These, daß dieses System im Bereich der Informationsverarbeitung, Entscheidungsfindung und -durchsetzung aufgrund seiner Struktur notwendig und kontinuierlich zu nicht sachgemäßen politischen Handlungen und damit sich akkumulierenden gesellschaftlichen Folgekosten führt, die in vielen Fällen schon einen irrreparablen Charakter angenommen haben - vor allem, wenn es sich um globale Herausforderungen handelt. Denken Sie nur an die deutlichen Symptome einer sich verschärfenden ökologischen Krise: Waldsterben, drohendes Umkippen der Nordsee, Vergiftung durch Produkte der chemischen Industrie usw. Wenn diese Einschätzung stimmt, wäre die Voraussetzung einer Schadensvermeidung die qualitative Veränderung der verantwortlichen machtgestützten Strukturen via Gegenmacht und Entmachtung. Nicht um den Verzicht auf pragmatische Eingriffe geht es also, sondern um deren Einordnung. Selbstverständlich muß es jedem wirklichen verantwortlichen politischen Handeln auch darum gehen, zu verhindern, was zu verhindern ist. Allerdings dürften Teilerfolge, die nicht zu Gegenmacht und Entmachtung führen, vom System kompensiert werden können. Die uneingeschränkte Kontrolle der Ressourcen durch das System macht die etablierte Macht enorm elastisch, solange die Strukturen nicht in Frage gestellt werden. Die entscheidende Frage ist also, welche Kosten an Perspektive mit Teilerfolgen verbunden sind. Lasse ich mich "realpolitisch" auf die etablierten Machtstrukturen ein, verzichte ich somit auf die explizite und praktische Perspektive der Entmachtung, wird ein Teilerfolg zum Pyrrhussieg, weil er Zukunft verbaut - wenn es sich denn überhaupt um Teilerfolge handelt und nicht vielmehr um systemimmanente Umbau-, sprich Modernisierungsmaßnahmen, die der Opposition nur als ungefährliche Köder angeboten werden. Die Problematik von Teilerfolgen läßt sich sehr schön an den hessischen realpolitischen "Erfolgen" im AKW-Bereich verdeutlichen. Facit: es kommt immer darauf an, eine Position nicht freiwillig aufzugeben, es sei denn für einen strategischen Vorteil. Entweder muß der perspektivische Sinn eines Teilerfolges kontrollierbar sein, oder die Sinnverfälschung muß eindeutig dem Gegner angelastet werden können. Insofern gibt es tatsächlich eine Grenze für jedes pragmatische Handeln im politischen Bereich. Die Grenze wäre meiner Meinung nach dann gegeben, wenn eine politische Partei gezwungen weden soll, zugunsten eines "Teilerfolges" die Sinnverfälschung noch mitzutragen, weil in einer solchen Mitverantwortung die Selbstaufgabe als Partei und die faktische Aufgabe einer wesentlichen strategischen Option in Bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft eingeschlossen wäre.

A Und Sie glauben, daß pragmatische Erfolge gegenwärtig mit einer Selbstaufgabe der Grünen verbunden wären?

B Nein, im Gegenteil. Wenn ich auch der Meinung bin, daß man sich kein Illusionen über die Größenordnung dieser Erfolge machen darf. Es geht mir nur darum klarzumachen, daß nicht jeder politische Effekt auch ein Erfolg sein muß und es die gleichsam historische Pflicht einer Partei ist, unter Umständen auf mögliche Effekte dann zu verzichten, wenn damit die historische Option gefährdet wäre,

...

die sie als Zusammenschluß partiell gleichgesinnter Individuen repräsentiert. Eine Pflicht übrigens, die von etablierten Parteien in Ausnahmefällen durchaus wahrgenommen wird, wie der Bruch der sozial - liberalen Koalition zeigt, die aber in weit stärkerem Maße für eine Partei gegeben ist, deren objektive Intentionen quer zum etablierten Spektrum liegen. Der latente Fundamentalismus vieler Grüner hat mit diesem Problem zu tun und nicht mit irgendwelchen subjektiven Utopismen oder Idealismen. Um auf die Koalitionsfrage und speziell auf die Frage einer Koalition mit der SPD zurückzukommen, so scheint mir die Erfahrung zu zeigen, daß wohl begrenzte politische Effekte, aber keine pragmatischen Erfolge unter der Voraussetzung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses möglich sind - unabhängig von der ja nicht ganz unwichtigen Frage, ob die SPD angesichts ihrer auf Bundesebene dominierenden politischen Linie überhaupt an einer Koalition interessiert ist. Eine Koalition mit einer starken und selbstbewußten SPD würde die Grünen zur Unbeweglichkeit verurteilen, weil ein Wechsel des Koalitionspartners - im Gegensatz zur FDP - naturgemäß nicht infrage käme und damit das entscheidende Druckmittel einer kleinen Partei gegenüber einem mächtigeren Partner wegfallen würde. Die Grünen wären erpressbar, weil das Problem der parlamentarischen Repräsentanz, also die Möglichkeit des Unterschreitens der 5%-Hürde zeitlich nur verschoben worden wäre. Bei einem Bruch der Koalition wäre es für die SPD ein leichtes, mit dem Argument der "Politikunfähigkeit" und der "überzogenen Forderungen" den Grünen den schwarzen Peter zuzuschieben. Damit würden angedrohte Neuwahlen für die Grünen zu einem Damoklesschwert, wobei sich die Situation für die Grünen mit der Zeit nicht verbessern, sondern verschlechtern würde, weil die abgepreßten Zugeständnisse die Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der Grünen in bezug auf ihre "Klientel" schwächen würde. Angesichts dieser zu erwartenden hohen Kosten scheint mir der politische Gewinn - abgesehen von der parlamentarischen Repräsentanz, die ja eh in Frage stehen würde - nämlich: Einfluß im zentralen Staatsapparat, verbesserte Möglichkeit der öffentlichen Darstellung und ein formell höheres Maß an Einfluß auf die Umsetzung von Beschlüssen zu gering zu sein. Das freie Ausnutzen der erwähnten Möglichkeiten würde von vornherein durch das strategische Hauptproblem, den Erhalt der Koalition beschränkt - noch ganz unabhängig von formalen Regelungen wie der Richtlinienkompetenz eines sozialdemokratischen Kanzlers und der Apparatabhängigkeit eines Ministers. Gerade eine Koalition würde also meiner Meinung nach nicht die Chance für pragmatische Erfolge der Grünen erhöhen, sondern unter den gegenwärtig zu erwartenden Bedingungen vermindern.

A Sie sind bisher noch nicht auf ein zentrales Argument der Koalitionsbefürworter eingegangen. Nach allen Umfragen befürwortet der überwiegende Teil der Wähler der Grünen eine Koalition.

B Ich glaube, man muß ein solches Umfrageergebnis genauer analysieren, bevor man weiterreichende politische Schlüsse daraus zieht. Ich könnte mir zwei Gruppen von Wählern vorstellen, die für eine Koalition sind. Die erste wohl zahlenmäßig relevante, aber strategisch weniger interessante, weil wenig zu beeinflussende Gruppe wären Wähler, die die Grünen eher als peppiges Korrektiv zur Sozialdemokratie sehen. Es handelt sich um eigentlich sozialdemokratische Wähler, die nicht an der originären politischen Option der Grünen interessiert und die Partei der Grünen jederzeit zur Disposition zu stellen bereit sind.

...

Ein Eingehen auf diese Wählergruppe könnte bei einer sich verschärfenden Blockpolarisierung nur zu einer glatten Integration in einen sozialdemokratisch beherrschten Block führen. Die zweite, interessantere Gruppe wünscht sich eine Koalition mit starkem grünen Einfluß. Ich habe zu Beginn unseres Gesprächs schon darauf verwiesen, daß ich vor dem Hintergrund des für die nächsten Jahre absehbaren politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses - keine machbare Entmachtung - unter bestimmten Bedingungen eine Koalition für den stärksten Zug im politischen Machtspiel halte, weil sie ein Höchstmaß an Gegenmacht artikulieren könnte. Insofern ist der Wunsch für mich verständlich. Ich halte ihn allerdings in der gegenwärtigen Situation für absolut unrealistisch. Zu den Voraussetzungen würden z. B. ein hoher Grad an autonomer gesellschaftlicher Bewegung, eine prozentual starke Grüne Partei und eine sich substantiell wandelnde SPD gehören. All das ist gegenwärtig nicht zu erwarten - im Gegenteil. Die zweite Wählergruppe ist strategisch deshalb interessanter, weil sie aufgrund ihrer hohen potentiellen Identifikation mit den Grünen auch andere taktische Varianten mittragen würde. Für uns Grüne käme es darauf an, durch eine gute Aufklärungsarbeit über die zu erwartenden Schwierigkeiten den Desillusionierungsprozess so zu kontrollieren, daß er nicht in Resignation und Desorientierung umkippt. Es scheint mir also fragwürdig zu sein, aus dem Votum "pro Koalition" einen klaren Wählerauftrag ableiten zu wollen.

A Wenn für Sie die Koalition als taktische Variante zur Durchsetzung pragmatischer Erfolge wegfällt, welche Möglichkeiten sehen Sie überhaupt noch jenseits einer fundamentalistischen Totalverweigerung? Soweit ich weiß, werden bei den Grünen diverse Tolerierungsmodelle diskutiert, die aber alle die allgemeinen Schwächen der Tolerierungstaktik aufweisen. Eine Tolerierung versucht, über parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck indirekt zu intervenieren. Damit verzichtet sie aber - wie Sie selbst schon erwähnt haben - auf unmittelbare Kontrolle, eine Präsenz im zentralen Staatsapparat, eine direkte Verfügung über die finanziellen und organisatorischen Mittel des Staatsapparates und eine Menge Information.

B Man muß abwägen. All das, was Sie einklagen, ist im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie diesseits einer absoluten Mehrheit nur per Koalition zu haben. Auf die Nachteile und Konsequenzen einer Koalition zum jetzigen Zeitpunkt bin ich schon eingegangen. Angesichts dieser Nachteile bin ich dann bereit, die Nachteile einer Tolerierung in Kauf zu nehmen, solange das Projekt der Grünen intakt bleibt - und da sehe ich keine Gefahren. Die Grünen sind ein viel zu tief gestaffeltes System, um über die Frage einer Bündnistaktik als politische Formation zu zerfallen - was eine so oder so geartete politische Veränderung nicht ausschließt. Meine eigene Präferenz geht also in Richtung Tolerierung. In der Diskussion befinden sich zwei Tolerierungsvarianten, die ich einmal "defensive" versus "offensive" Tolerierung nennen möchte. Die defensive Tolerierung läuft darauf hinaus, bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu tolerieren, und zwar ohne Vorbedingungen, also ohne ein formelles Tolerierungspaket. Die Vorteile, die sich die Befürworter einer solchen Taktik versprechen, wären: erstens der Wegfall einer formellen Einbindung in eine Regierung und damit die Möglichkeit einer Politik der offenen Mehrheiten, also einer selektiven Fall-zu-Fall-Unterstützung der SPD-Regierung; zweitens die Möglichkeit, durch die Zusicherung einer bedingungslosen Kanzlerwahl ("Rau für

...

lau") Wechselwähler zu mobilisieren und drittens die Möglichkeit, nach Umgehung der Kanzlerklippe und Erhalt der parlamentarischen Repräsentanz durch eine klare Oppositionspolitik der SPD gegenüber in Vorteil zu kommen. Spekulation auf den Wechselwähler und Erhalt der parlamentarischen Repräsentanz bei Vermeidung einer risikoreichen Koalition als kleinster gemeinsamer Nenner der Fraktionsfraktion bei den Grünen sind die taktischen Schwerpunkte dieser Variante. Diese Variante verspricht die größte Wahrscheinlichkeit für einen Wahlerfolg, d.h. für ein Überschreiten der 5%-Hürde, ist allerdings meiner Meinung nach mit hohen Kosten an Perspektive verbunden, die nicht wesentlich unter denen einer Koalition liegen würden. Eine konsequente Oppositionspolitik dürfte sich für eine Grüne Partei, die qua "Huckepack-Transport" in den Bundestag gekommen wäre, als ausgesprochen schwierig erweisen. Denn die SPD würde ja ihre Oppositionsrolle im Rahmen der Blockkonfrontation nicht verlieren, wenn sie eine Minderheitsregierung stellen würde. Sie wäre gleichsam eine Opposition an der Regierung mit allen Vorteilen, die die Verwaltung des zentralen Staatsapparates für eine systemkonforme Partei mit sich bringt. Die zugespitzte Blockkonfrontation und die Gefahr existenzgefährdender Neuwahlen würde die Grünen in ein faktisches Koalitionsverhalten hineinzwingen, ohne die Druckmittel und Gewinne, die noch mit einer Koalition - selbst unter schlechtesten Bedingungen - verbunden wären. An wirkliche pragmatische Erfolge wäre in einer solchen Situation nicht zu denken. Die Grünen würden in diesem Stellungskrieg als Partei, wenn auch nicht als Fraktion aufgerieben und niedergerungen, denn es existieren weder die ideologischen, finanziellen noch die personellen Voraussetzungen, um ein solches zähes Ringen zu überstehen, ohne sich in eine Koalitionslösung a la Hessen retten zu können. Und die ist aufgrund der politischen Linie der Bundes- SPD höchst unwahrscheinlich. Hinzukommen würde schon vor der Wahl ein politischer Substanzverlust. Die politische Substanz der Grünen bei Wahlen bestand bisher - und zwar bedingt durch ihre ideologische und organisatorische Heterogenität - bei allen Mängeln im Einzelfall in ihren Forderungskatalogen, die plausibel, integrativ und mobilisierend in eine Druckstrategie eingebaut werden konnten. Es sollte sich niemand einbilden, den gleichen Effekt durch ein mehr oder weniger komplexes Programm erreichen zu können, das nicht mehr als ein unverbindliches Handlungsversprechen enthält. Erstens ist Programmintegration bei der gegenwärtigen Verfassung der Grünen kein geeignetes Mittel zur Identitätsbildung, denn die Grünen sind nach wie vor eher Aktionseinheit als Programmpartei, und zweitens würde sich bei den bekannten Schwierigkeiten, in einem Wahlkampf komplexe programmatische Aussagen zu transportieren, die programmatische Aussage der Grünen auf einen kritischen Kommentar zur SPD-Position reduzieren. Das Profil der Grünen wäre äußerst diffus, weil der Minimalkonsens einer defensiven Tolerierung die unterschiedlichsten strategischen und taktischen Optionen zulassen würde, ohne diese an konkrete Forderungen und damit überprüfbare Handlungsziele zu binden. Eine solche Taktik würde in jedem Fall die Demontage der Grünen beschleunigen, selbst wenn es gelingen würde, mit Ach und Krach die Repräsentanz einer Fraktion zu sichern.

A Und wie steht es mit der zweiten Möglichkeit?

B Die zweite Möglichkeit, die ich für die beste halte - sowohl im Hinblick auf die pragmatischen Erfolge wie die Zukunft der Grünen-, würde für mich auf eine modifizierte Variante des geplanten NRW-Wahlkampfkonzepts hinauslaufen. Modifiziert deshalb, weil die

...

Grünen aus einer schwächeren Position agieren als vor der NRW-Wahl. Leider geistert das Gerücht durch die Lande, daß der NRW-Wahlkampf am Konzept gescheitert sei. Das ist Unsinn. Die Grünen in NRW sind an der Überlastung durch die Kommunalwahlen (sehr späte Einstellung auf den Landtagswahlkampf), organisatorischen, personellen und programmatischen Schwächen gescheitert. Schließlich gibt es für kein Wahlkampfkonzept eine Erfolgsgarantie. Das NRW-Konzept ist zu spät, zu zögernd und zu unklar umgesetzt worden. Wenn wir das Konzept als solches beurteilen wollen, müssen wir uns seinen Sinn unabhängig von äußeren und zufälligen Faktoren klarmachen, die seine Realisierung beeinflußt haben. Ich glaube, daß die geringsten zu erwartenden Kosten mit einer Taktik verbunden wären, die auf folgende Schwerpunkte setzte: erstens möglichst weitgehende nicht formelle, sondern mobilisierende Integration des eigenen politischen Lagers einschließlich der eigenen Partei; zweitens aktivierender Bezug auf die Wechselwähler soweit wie möglich, also auf keinen Fall auf Kosten der inneren Integration; drittens Zeit und Kraftgewinn auf dem Hintergrund einer zu erwartenden Konfrontation, und - als conditio sine qua non - die Möglichkeit, eine Niederlage oder einen geordneten Rückzug als erzwungen zu rechtfertigen. Eine solche Taktik ist nur bei Vorhandensein eines Forderungskatalogs durchzuhalten, der den Anforderungen, die von der Schwerpunktbildung ausgehen, entspricht. Eine solche Taktik wäre eine Fortsetzung des NRW-Wahlkampfkonzepts mit einer nicht unwesentlichen Veränderung. Es war ein Fehler des NRW-Wahlkampfs, die Tolerierungsforderungen für nicht verhandelbar zu erklären: ein Fehler, der aus einer Fehleinschätzung der eigenen Stärke resultierte. Die Forderung für die Bundestagswahl sollten verhandelbar sein mit dem klaren Anspruch, für die Wahl eines Bundeskanzlers Rau substantielle Zugeständnisse zu bekommen. Wir sollten es uns einige Gedankenarbeit kosten lassen, die substantiellen Zugeständnisse zu definieren, um unsere Belastungsgrenzen frühzeitig zu markieren. Ein Beispiel wäre ein präziser, zeitlich überschaubarer Ausstiegsplan aus der Atomenergie. Ich glaube, daß die Grünen gut vorbereitet eine mögliche Verhandlungsphase nicht umgehen, sondern gerade suchen sollten. Eine solche Taktik würde alle Vorteile einer angestrebten Tolerierung - z.B. Beweglichkeit, Öffentlichkeit, Verschiebung der Politikformulierung von der Verwaltung zum Parlament - mit der Möglichkeit verbinden, unsere taktisch zentralen politischen Forderungen offensiv und verbindlich in den Wahlkampf einzubringen. Erst wenn ein solches Konzept vom Wähler honoriert würde, hätten die Grünen das Maß an Konflikt- und Manövrierfähigkeit wieder gewonnen, das eine parlamentarische Repräsentanz und Opposition sinnvoll machen würde. Die Chance eines Wahlerfolgs ist allerdings - zugegeben - bei dieser Taktik nicht so groß wie bei einer defensieven Tolerierung. Andererseits werden die Verluste an Perspektive und Identität minimiert. Würde das Wahlziel nicht erreicht, könnten die Grünen ohne allzugroßen politischen Substanzverlust sich auf eine außerparlamentarische Phase einlassen. Das wäre schmerzlich, aber zu verkraften und würde eher zur Regeneration der Partei beitragen. Eine Partei wie die Grünen, die nicht über die parlamentarische Beweglichkeit einer FDP verfügt, muß einfach Wahlniederlagen in Kauf nehmen können, wenn sie nicht durch ein sklavisches Akzeptieren des mit einer Wahl verbundenen Zwangs zur Anpassung bei jeder drohenden Wahlniederlage ihren politischen Sinn und ihre Existenz gefährden will.

A Ihnen ist aber doch klar, daß Ihre Position angesichts der Drohung mit einer konservativen Koalition in Schwierigkeiten geraten kann?

...

B Selbstverständlich ist mir das klar. Die zu erwartende Rechts-Links- Polarisierung angesichts der harten Klassenkampfpolitik von oben von Seiten der Wende-Koalition wird das taktische Problem der Grünen bei diesen Wahlen sein. Dieses Problem läßt sich aber meiner Meinung nach nicht durch irgendeinen politischen Trick wie z.B. eine schlaue Bündnisaussage lösen. Die Grünen werden diese schwierigste Phase ihrer Entwicklung in Abhängigkeit von ihrer politisch-organisatorischen Stärke überstehen - so oder so. Dabei dürften meiner Meinung nach zwei Züge katastrophale Konsequenzen haben: die Koalition, weil sie eine Unterwerfung der Grünen unter die SPD bedeuten würde, und eine superharte Tolerierungstaktik (als erkennbare Scheintolerierung), weil die Grünen sich auf diese Weise aus dem Wahlkampf verabschieden, damit aber auch ihr parlamentarisches Druckpotential - die Bedrohung der herrschenden Macht in ihrem Arkanbereich, dem zentralen Staatsapparat - aus der Hand geben würden. Mir scheint es unverantwortlich, angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse und des Angriffs der herrschenden Klassen auf breiter Front die eh schon dünne Defensivlinie durch riskante Manöver mit unklarem Ausgang zu gefährden, so lange die eigene Bewegungsfreiheit gewahrt bleibt - und das erst einmal unabhängig von einer notwendigen Diskussion über den Sinn reformistischer und anderer Strategien. Selbstverständlich besteht die Alternative zum Risiko nur in Wahrscheinlichkeitserwägungen. Wahrscheinlich ist, daß eine verhandlungsorientierte offensive Tolerierung den höchsten Mobilisierungsgrad und Kampfwert verspricht, wärend eine defensive Tolerierung das leidige Bündnisproblem definitiv löst. Ich denke, eine Lösung des Problems könnte darin bestehen, daß wir uns nach einer Wahlkampf- und Verhandlungsführung mit dem expliziten Ziel einer offensiven Tolerierung die defensive Variante an letzte Rückzugslinie vorbehalten. Ein Szenario könnte dann folgendermaßen aussehen:

-Die Grünen treten zur Wahl an mit einem verhandlungsorientierten Konzept der offensiven Tolerierung (Maxime:Wir wollen bestimmen, worüber verhandelt wird).

-Sie erhöhen so ihre programmatische und organisatorische Kraft während des Wahlkampfs als klar profilierte eigenständige Partei und den Druck auf die u.U. entscheidende Verhandlungsphase nach dem Wahlkampf (Maxime: Wir sind zur Zusammenarbeit mit der SPD bereit, um a, b, c, d mit der SPD durchzusetzen). Die Verhandlungsphase vor Anlaufen der Staatsmaschinerie ist der wunde Punkt des Systems. In dieser Phase haben wir bei einem Höchstmaß an Öffentlichkeit die größten Durchsetzungschancen. Auf die Verhandlungsphase sollten wir im Rahmen eines verlängerten und sich steigernden Wahlkampfs alle unsere Kraft konzentrieren.

-Wenn sich die SPD nicht im Sinne substantieller Zugeständnisse in den von uns definierten Bereich rührt und mit Neuwahlen droht, brechen wir die Verhandlungen ab und wählen einen SPD-Kanzler "für lau". Ein derartiges Manöver kann zu einem solchen Zeitpunkt unsere eigenen Klientel gegenüber gut begründet werden:

- Wir wollen auf jeden Fall die Regierungsübernahme durch eine konservative Koalition verhindern
- Mit der SPD ist zu diesem Zeitpunkt kein Weiterkommen möglich
- Die Grünen sind nicht bereit ihre "Überlebensforderung" auf dem Altar einer SPD-Regierung zu opfern

...

- Deshalb ziehen sich die Grünen zurück, erhalten ihr Verhandlungsangebot aufrecht und suchen nach neuen Durchsetzungschancen im Rahmen einer Politik wechselnder Mehrheiten

Damit hätte die SPD den schwarzen Peter bei Verhandlungsabbruch ("Der Tanker rührt sich nicht"), die Grünen hätten ihre Glaubwürdigkeit und Mobilisierungsfähigkeit nicht eingebüßt und hätten ihre Rolle als "Kronprätendent" innerhalb des "linken" Oppositionsblocks demonstriert. Ich halte eine solche kombinierte Taktik für den besten Weg, als Partei die durch eine verschärfte Rechts-Links-Polarisierung bedingten Schwierigkeiten zu überwinden.

A Sie sind bisher nur sehr kurz auf die fundamentaloppositionelle Variante eingegangen. Wie würden Sie denn die Position der Fundis bewerten?

B Jenseits der inhaltlich-programmatischen Differenzen stimme ich mit den Fundis in ihrer Einschätzung des Charakters der Grünen überein. Die Grünen können keine politisch systemkonforme Klientel-Partei werden, es sei denn, sie würden ihre Existenz aufs Spiel setzen. Sie müssen programmatisch und praktisch auf systemtranszendierende soziale Bewegungen und Systembruch orientieren, wenn sie ihre Ziele glaubwürdig vertreten wollen und nicht eine durch Illusionsbildung im Hinblick auf systemimmanente Machbarkeit von Reformen provozierte resignative Frustration riskieren wollen, die sich letztendlich immer zu Ungunsten der Grünen auswirken würde. Das hat noch gar nichts mit Revolution zu tun, sondern mit notwendigen Voraussetzungen zur Absicherung von Reformen. Es ist kennzeichnend für einen kurzsichtigen Reformismus, daß die versprochenen Gewinne an Reformen immer, wenn überhaupt, sehr mager ausgefallen sind. Bestes Beispiel: die Bilanz der sozialliberalen Koalition. Die Erfahrung zeigt einfach: Selbst Reformen setzen ein Ausmaß an praktischer Systemkritik voraus, das im Rahmen eines sich von vornherein domestizierenden Reformismus nicht mobilisierbar ist. Insofern führt sich der Reformismus selbst ad absurdum. Es gibt gegenwärtig im linken Spektrum der Grünen eine modische Gramsci-Rezeption, die mit der Gegenüberstellung von Bewegungs- und Stellungskrieg operiert, um den Grünen das strategische Konzept eines Stellungskrieges anzudienen. Nun, Stellungskrieg setzt Ressourcenbeherrschung innerhalb eines eigenen Terrains voraus. Eine absolute Vorbedingung für den Sinn einer solchen Strategie ist die Definierbarkeit des Terrains. Ist keine klare Front absteckbar, die Innen- und Außenraum abgrenzt - und das ist der Normalfall im inneren Krieg -, läuft die Strategie des Stellungskrieges leer. Die Grünen wären schlecht beraten, wenn sie sich in einen Stellungskrieg verbeißen würden. Sie würden ins Messer des Reformismus als einer tränenreichen Variante der "linken" Systemstabilisierung laufen. In einer Phase beschleunigten Systemwandels ändern sich Feind-Image und Konfliktlinien schnell. Deshalb impliziert der Verlust an Initiative und Beweglichkeit schon die Niederlage. Daher erscheint die strategische Option der Fundis triftig, die die Notwendigkeit von Beweglichkeit und Unberechenbarkeit in den Vordergrund stellt, auf weitgehender Unabhängigkeit vom Staatsapparat und moralischer Überlegenheit (= Hegemonie) besteht und dafür auch den Nachteil einer Wahlniederlage in Kauf zu nehmen bereit ist.Grenzen der fundamentalistischen Haltung würde ich darin sehen, daß durch den Hang zur Privilegierung und Dogmatisierung einer Kampfform unter der Hand Elemente des Stellungskrieges in den Bewegungskrieg eingeschleust werden. Ist der Staat als Ort der Verdichtung und Normierung eines Kräfteverhältnisses zwischen herrschenden und

...

beherrschten Klassen gleichzeitig der Arkanbereich der herrschenden Macht, die alle gesellschaftlichen Orte direkt oder indirekt determiniert, darf eine Politik der Entmachtung durch fehlerhafte Übergewichtung der strategischen Ziele nicht auf eine taktische Option zur Intervention in diesem Bereich verzichten, wenn sie sich nicht selbst hilflos machen will. Ich denke aber, daß vor dem Hintergrund einer weitgehend übereinstimmenden strategischen Grundeinschätzung eine taktische Einheit auf der Basis einer offensiven Tolerierung mit den politisch intelligenten Fundis herstellbar ist.

A Zum Schluß: Sie sind der Meinung, daß das Konzept einer offensiven Tolerierung gegenwärtig bei den Grünen mehrheitsfähig ist?

B Um es offen zu sagen: Eher nicht. Das hängt mit einer falschen und interessierten Interpretation der NRW-Wahlen zusammen. Andererseits bin ich nicht der Meinung, daß die bloße Mehrheitsfähigkeit mich zwingt, ein falsches Konzept zu stützen.

Klaus Riepe
(ca. 1986 ?)